



BUNDESHAUSHALTSENTWURF 2023

Der Entwurf für den Bundeshaushalt 2023 wurde vom Kabinett am 1. Juli verabschiedet und der Öffentlichkeit vorgestellt. Trotz einer weiterhin schwierigen weltpolitischen Lage, strebt die Bundesregierung ab 2023 die Einhaltung der Schuldenbremse an. In Folge dessen gibt es mit Ausnahme des Wirtschafts- und Klimaministeriums (BMWK) in keinem Ressort nennenswerte Aufwüchse im Vergleich zum laufenden Jahr.

Der Etat des BMZ soll dem Entwurf nach um 10,3 Prozent (1,27 Milliarden Euro) auf 11,08 Milliarden Euro sinken. Er gehört damit zu den drei am stärksten von Kürzungen betroffenen Ressorts. Die Mittel für humanitäre Hilfe im Etat des Auswärtigen Amtes sind mit zwei Milliarden Euro auf dem Niveau von 2021 angesetzt (-700 Millionen Euro).

Im Etat der Allgemeinen Finanzverwaltung (EP60) sind fünf Milliarden Euro als Krisenvorsorge veran-

schlagt, die für pandemiebezogene Mehrbelastungen oder Maßnahmen im Zusammenhang mit dem Angriffskrieg auf die Ukraine und seinen Auswirkungen schwerpunktmäßig vom AA und BMZ in Anspruch genommen werden sollen.

Die Internationale Klimaschutzinitiative (IKI) im Etat des Wirtschafts- und Klimaministeriums wächst leicht auf 685,1 Millionen Euro.

Haushaltsplanung	2022	2023	2024	2025	2026
BMZ-Etat	12,35 Mrd.	11,08 Mrd.	10,69 Mrd.	10,58 Mrd.	10,39 Mrd.
Zusätzliche Mittel für das BMZ aus dem EP 60	1 Mrd.	Noch zu verhandeln			
GESAMT Ausgaben BMZ	13,35 Mrd.	Noch zu verhandeln			

Bewertung und Ausblick

Die Entwicklungszusammenarbeit und humanitäre Hilfe werden durch die Kürzungen deutlich geschwächt. Durch die Krisenvorsorge im Einzelplan 60 in Höhe von 5 Mrd. Euro könnten einige der geplanten Kürzungen abgedeckt werden. Es ist jedoch unklar, wie diese Mittel aufgeteilt werden sollen und ob sie den Etats direkt zugerechnet werden oder im EP60 verbleiben. Eine solide und langfristige Politik zur Bewältigung der aktuellen globalen Krisen ist in diesem Haushaltsentwurf nicht zu erkennen.

Besonders starke Kürzungen gibt es im Titel Krisenbewältigung, Wiederaufbau, Infrastruktur (Übergangshilfe) um mehr als 50 Prozent (bei Hinzurechnung der Ukraine-Mittel aus dem Ergänzungshaushalt), beim Welternährungsprogramm (-60 Prozent), bei den multilateralen Ausgaben (-52 Prozent) und bei den Sonderinitiativen (-27 Prozent).

Über das aktuelle Jahr hinaus bleibt die Situation mit großen Unsicherheiten behaftet. Die mittelfristige Finanzplanung sieht weiterhin ein deutliches Absinken der entwicklungspolitischen und humanitären Mittel vor.

Für die nächsten Jahre braucht es eine Wachstumsperspektive für die Entwicklungspolitik und humanitäre Hilfe, um den zahlreichen globalen Krisen besser gerecht zu werden.

Im Vergleich zu anderen Bereichen ist die zivilgesellschaftliche Entwicklungszusammenarbeit im Haushaltsentwurf weniger stark von Kürzungen in diesem Jahr betroffen. Die einzelnen Titelanträge liegen aber oftmals noch unter dem Niveau von 2021. Das Ziel einer Stärkung der zivilgesellschaftlichen Arbeit, wie es im Koalitionsvertrag vereinbart wurde, kann auf dieser Grundlage nicht erreicht werden.

Der Haushaltsentwurf lässt auch keinen Plan erkennen, die im Koalitionsvertrag vereinbarte Koppelung von Verteidigungsausgaben und humanitärer Hilfe und Entwicklungszusammenarbeit einzuhalten. Selbst abseits des Sondervermögens kommen zusätzliche finanzielle Spielräume in der mittelfristigen Finanzplanung vorrangig dem Etat des Verteidigungsministeriums zu Gute.

Der Haushaltsentwurf wird nach der parlamentarischen Sommerpause im Bundestag beraten und Anfang Dezember vom Parlament verabschiedet werden. In diesem Prozess können noch Änderungen vorgenommen werden. Eine Stellungnahme zum Haushaltsentwurf mit Informationen und Forderungen zu einzelnen Haushaltstiteln, die für den Verband besonders wichtig sind, wird Ende August veröffentlicht werden.

IMPRESSUM

Herausgeber

Verband Entwicklungspolitik und Humanitäre Hilfe
deutscher Nichtregierungsorganisationen e V

Stresemannstraße 72, 10963 Berlin

Tel : 030/2 63 92 99-10, E-Mail: sekretariat@venro.org

Redaktion

Lukas Goltermann

Berlin, 7. Juli 2022

Übersicht ausgewählter Haushaltstitel von AA und BMZ

Budget	Entwurf 2023	Soll 2022	Zusätzlich für Ukraine (im EP60)	Differenz zum Vorjahr (inkl. Ukraine-Gelder)	Veränderung
	(Tsd. Euro)	(Tsd. Euro)	(Tsd. Euro)	(Tsd. Euro)	(in Prozent)
Auswärtiges Amt (Gesamt)	6.397.431	7.107.584	450.000	-1.160.153	-15,35%
Humanitäre Hilfsmaßnahmen im Ausland	2.000.000	2.490.000	210.000	-700.000	-25,93%
Krisenprävention, Stabilisierung und Friedensförderung	485.960	478.634	110.000	-102.674	-17,44%
Int. Leistungen an VN	822.202	969.668		-147.466	-15,21%
Maßnahmen zur Förderung der Menschenrechte	20.000	20.000		0	0,00%
BMZ (Gesamt)	11.080.000	12.349.893	1.000.000	-2.269.893	-17,00%
Zivilgesellschaftliche Titel					
Förderung entwicklungswichtiger Vorhaben privater deutscher Träger	177.500	160.000	5.000	12.500	7,58%
Förderung langfristiger Vorhaben privater deutscher Träger in LDC	50.000	53.000		-3.000	-5,66%
Förderung Sozialstruktur	60.000	60.000		0	0,00%
Entwicklungspolitische Bildung	45.000	45.000		0	0,00%
Austausch- und Entsendedienst	47.000	47.000		0	0,00%
Ziviler Friedensdienst	55.000	55.000		0	0,00%
Förderung politischer Stiftungen	340.000	340.000	10.000	-10.000	-2,86%
Förderung entwicklungswichtiger Vorhaben der Kirchen	301.000	301.000	10.000	-10.000	-3,22%

Multilaterale Instrumente					
Globaler Fond (GFATM)	415.000	475.000		-60.000	-12,63%
Europ. Entwicklungsfond	432.176	566.189		-134.013	-23,67%
Welternährungsprogramm	28.008	70.008		-42.000	-59,99%
Beiträge an die Vereinten Nationen, ihre Sonderorganisationen sowie andere internationale Einrichtungen und internationale Nichtregierungsorganisationen	506.662	1.006.214	56.000	-555.552	-52,30%
<i>Davon:</i>					
Gavi	unbekannt	470.000			
UNDP	unbekannt	82.000	10.000		
UNFPA	unbekannt	42.000	15.000		
IPPF	unbekannt	12.000	15.000		
Education Cannot Wait	unbekannt	50.000	10.000		
GPE-Fund	unbekannt	64.000			
UN Women	unbekannt	13.000	6.000		
UNICEF	unbekannt	140.000			
FIND	unbekannt	20.000			
Unitaid	unbekannt	15.000			
Global Financing Facility / GFF (über Zahlungen an Weltbank Gruppe)	unbekannt	25.000			
Childcare Incentive Fund (über Zahlungen an Weltbank Gruppe)	unbekannt	20.000			
Entwicklungswichtige multilaterale Hilfen zum weltweiten Umweltschutz, zur Erhaltung der Biodiversität und zum Klimaschutz (darunter auch LDCF)	830.310	786.400		43.910	5,58%
Bilaterale Zusammenarbeit & Sonstiges					
Bilaterale Technische Zusammenarbeit	1.824.900	1.970.100	35.000	-180.200	-8,99%

Bilaterale FZ (Darlehen, Zuschüsse und Regionen)	2.292.844	2.237.701	270.000	-214.857	-8,57%
Krisenbewältigung und Wiederaufbau, Infrastruktur	575.632	878.983	350.000	-653.351	-53,16%
Förderung Medien, Meinungsfreiheit	30.000	32.000	5.000	-7.000	-18,92%
Entwicklungspartnerschaften mit der Wirtschaft	194.000	190.000		4.000	2,11%
Internationaler Klima- und Umweltschutz	53.000	56.000		-3.000	-5,36%
Wiederaufbau und Entwicklung Namibia	35.000	35.000		0	0,00%
Sonderinitiativen (Gesamt)	1.067.000	1.265.000	200.000	-398.000	-27,17%
Eine Welt ohne Hunger	465.000	615.000	100.000	-250.000	-34,97%
Fluchtursachen, Flüchtlinge reintegrieren	420.000	453.000	100.000	-133.000	-24,05%
Stabilisierung und Entwicklung Nordafrika-Nahost	27.000	42.000		-15.000	-35,71%
Ausbildung und Beschäftigung	155.000	155.000		0	0,00%